

Verhandlungen des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten mit den Händlerverbänden

am 4. September 1915 im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig
Im Auftrage der Versammlung uns übersandter Bericht

Wie durch frühere Veröffentlichungen bekannt geworden ist, hat der Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten im Frühjahr vorigen Jahres in wiederholten Zusammenkünften mit den Händlerverbänden zu Frankfurt a. M. Beratungen gepflogen, um die gegenseitigen geschäftlichen Beziehungen besser zu regeln und gemeinsam die Mißstände zu bekämpfen, unter denen das Briefumschlaggeschäft zu leiden hat. Es wurden in diesen Zusammenkünften Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt, die unter beiderseitiger Mitwirkung zur Durchführung gebracht werden sollten. Wir erwähnen hier nur die Einführung von Kampfsorten, mit welchen den konventionstreuen Firmen der Wettbewerb mit den billigen Preisen der Außenseiter ermöglicht werden sollte, die Festsetzung von Laden- oder Verkaufspreisen für die gangbarsten Sorten von Briefumschlägen mit und ohne Druck, die anzustrebende Beschränkung und womöglich völlige Einstellung direkter Lieferungen der Fabrikanten an die Verbraucher, die Beschränkung und zweckmäßigere Regelung der sogenannten Ausschußlieferungen, die Wahrnehmung der Interessen der Händler bei Preiserhöhungen für Briefumschläge durch Einräumung des Bezugs von 10 v. H. des letzten Jahresumsatzes zu alten Preisen, die prinzipielle Stellungnahme zur Treurabattfrage usw.

Die weitere Verfolgung der vorerwähnten Aufgaben und die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen, die naturgemäß nur für die Friedenszeiten gedacht waren, mußten leider infolge des ausgebrochenen Krieges unterbleiben. Da sich nun die Briefumschlag-Fabrikanten infolge der eingetretenen Steigerung der Papierpreise und aller Verbrauchsmaterialien wiederholt zu Preiserhöhungen genötigt sahen, machte sich in den Kreisen der Händlerverbände immer dringender der Wunsch nach einer gegenseitigen Aussprache geltend. Diesem Wunsche hat der Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten dadurch Rechnung getragen, daß er die eingangs erwähnte Versammlung berief. Der ergangenen Einladung haben etwa 25 Vertreter der nachverzeichneten Verbände entsprochen:

Reichsverband für den Papier- und Bürobedarfshandel,
Frankfurt a. M.

Hessischer Papierverein, Darmstadt

Verband badischer Papier- und Schreibwarenhändler, Heidelberg

Verband deutscher Papier- und Schreibwarenhändler, Würzburg

Deutscher Fachverband der Büro-Industrie, Berlin

Deutscher Papier-Verein, Frankfurt a. M.

Zentralverband der Papier- und Schreibwarenhändler
Deutschlands, Charlottenburg

Deutscher Papiergroßhändler-Verband, Berlin

Deutscher Buchdrucker-Verein, Leipzig

Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten

sowie Bevollmächtigte verschiedener Buchbinder-Innungen.

Die Verhandlungen wurden mit Zustimmung der Versammelten vom Vorsitzenden des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten, Herrn Dr. Werner Schmidt, Elberfeld, geleitet. Nach kurzer Darlegung der Veranlassung und des Zweckes der Versammlung führte Herr Dr. Schmidt aus, daß die im vorigen Jahre gemeinsam mit den Händlerverbänden beschlossenen — vorstehend aufgeführten — Maßnahmen leider infolge des Krieges nicht zur Ausführung gebracht werden konnten. Es habe nicht nur die zur Weiterverfolgung der verschiedenen Angelegenheiten eingesetzte Kommission bisher nicht zusammentreten können, auch die vom Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten vorbereiteten Kampfsorten hätten zurückgestellt werden müssen, da sie unter den gegebenen Verhältnissen ihren Zweck völlig verfehlt haben würden. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Steigerung

der Papierpreise und aller Verbrauchsmaterialien habe sich der Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten leider wiederholt genötigt gesehen, eine Erhöhung der Preise für Briefumschläge eintreten zu lassen. Der Verein habe aber, obwohl die mit den Händlerverbänden getroffenen Abmachungen für Friedenszeiten bestimmt waren und für die Kriegszeit infolge der gar nicht vorauszusehenden sprunghaften Erhöhungen der Preise aller Materialien nicht hätten angewandt werden können, den Händlerverbänden doch die Vergünstigung eingeräumt, daß ihre Mitglieder innerhalb einer bestimmten Zeit bei der erstmaligen Erhöhung 10 und bei der letztmaligen 5 v. H. des Umsatzes des vergangenen Jahres zu alten Preisen beziehen konnten. Damit habe der Verein einen wesentlichen Punkt der getroffenen Vereinbarungen trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten erfüllt und die Abnehmer auch in den Stand gesetzt, ihrerseits etwa eingegangene Lieferungsverpflichtungen noch zu alten Preisen ausführen zu können. Ob dies auch bei weiter notwendig werdenden Preiserhöhungen der Fall sein könne, vermöge er nicht zu sagen, da noch gar nicht abzusehen sei, welche Steigerung der Materialpreise noch eintreten würde, und da die Papierfabrikanten sich weder auf die Erfüllung früher getroffener Abschlüsse noch auf neuere Abschlüsse auf längere Zeit einließen.

In der an diese Ausführungen sich schließenden Aussprache wurde von verschiedenen Seiten bemängelt und bedauert, daß der Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten sich nicht vor der Bekanntgabe der Preiserhöhung mit den Händlerverbänden in Verbindung gesetzt habe, da dies bei den vorausgegangenen Verhandlungen im vorigen Jahre in Aussicht gestellt worden sei. Gerade dadurch sei große Unzufriedenheit unter den Abnehmern sowie bei den Verbänden entstanden. Wenn die letzteren auch nicht verlangten, daß ihnen ein bestimmender Einfluß auf den Zeitpunkt der Preiserhöhung und auf die Preise selbst eingeräumt werde, so hielten sie doch eine vorherige Aussprache darüber, insbesondere aber über die Art der Ankündigung und Durchführung der Erhöhung für notwendig, damit auch die Interessen der Abnehmer die erforderliche Berücksichtigung fänden.

Von den Vertretern des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten wurde darauf entgegnet, daß die Mitwirkung der Händlerverbände bei Preiserhöhungen in der gewünschten Weise in Kriegszeiten unmöglich sei, da schon die Zusammenberufung einer Sitzung zu umständlich wäre und zuviel Zeit erfordere. Uebrigens sei aber diese Vergünstigung ebenso wie alle übrigen unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt worden, daß die Verbände, welche zur Beratung mit herangezogen werden wollen, ihre Mitglieder statutarisch oder vertraglich verpflichten, nur bei Mitgliedern des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten zu kaufen, was auch die Treurabattklausel in sich schließe. Von einem der beteiligten Verbände sei dies auch geschehen, und wenn die übrigen Verbände diesem Beispiel folgten, würde dem geäußerten Wunsche in Friedenszeiten gern Rechnung getragen werden.

Die weitere Aussprache über diese Angelegenheit ergab, daß die meisten anwesenden Vertreter sich im Prinzip mit der erwähnten Verpflichtung einverstanden erklärten. Es wurde alsdann einstimmig der folgende Beschluß gefaßt:

„Die Vertreter des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten erklären sich — die Zustimmung der Hauptversammlung vorbehaltend — bereit, in Friedenszeiten sich bei ferneren Preiserhöhungen mit denjenigen Verbänden ins Einvernehmen zu setzen, die ihre Mitglieder verpflichten, nur bei Konventions-Mitgliedern zu kaufen, und die die Treurabattklausel als einen gemeinsamen Schutz der Händler und Fabrikanten anerkennen. Die Händlerverbände werden die entsprechenden Erklärungen dem Verein deutscher Briefumschlag-Fabrikanten baldmöglichst zugehen lassen.“

Hierauf wurde in die Beratung einer Reihe vom Reichsverband für den Papier- und Bürobedarfshandel, Sitz Frankfurt a. M., gestellter Anträge eingetreten und zunächst bezüglich eines Mißstandes, der sich bei dem Verkauf der Ausschuß- und